

»Kriegstüchtigkeit ist für mich das Unwort des Jahrzehnts«

»ICH BEOBACHTE EINEN VOLLKOMMEN ÜBERZOGENEN ALARMISMUS. UND DIE MEHRZAHL DER MEDIEN MACHT DAS KRITIKLOS MIT. DIE EINSEITIGKEIT IN DIESER DEBATTE IST ERSCHRECKEND.«
EIN GESPRÄCH MIT DEM POLITIKWISSENSCHAFTLER JOHANNES VARWICK



Johannes Varwick lehrt als Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Halle-Wittenberg. Er hat einen Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und europäische Politik und ist Präsident des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit (WIFIS). Zusammen mit 15 renommierten Sicherheitsexperten hat er sich in einem Appell im April 2025 gegen den »derzeit verbreiteten Alarmismus in Teilen der Politik und der Medien« gewandt und fordert einen Richtungswechsel in der Sicherheitspolitik.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine geht bereits ins vierte Jahr und hat unendliches Leid auf beiden Seiten verursacht. Nun scheint Bewegung in die Friedensgespräche zu kommen. Wie bewerten Sie die aktuelle außenpolitische Entwicklung?

JOHANNES VARWICK: Wir sind jetzt in der Phase der Diplomatie. Alle, die behauptet haben, man könne nicht verhandeln, man müsse eindimensional auf Waffenlieferungen und eine militärische Lösung setzen, werden jetzt korrigiert. Natürlich wissen wir nicht, wie es ausgeht. Die diplomatischen Lösungsversuche können auch scheitern, keine Frage. Aber wir haben so viel Bewegung wie seit Jahren nicht.

Sie kritisieren schon seit Längerem die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland. Zusammen mit einer Gruppe von Sicherheitsexperten warnen Sie in einem Appell vor Alarmismus. Worauf bezieht sich Ihre Kritik?

JOHANNES VARWICK: Da muss man zunächst unterscheiden zwischen dem Ukrainekrieg und den damit verbundenen sicherheitspolitischen Fragestellungen und der allgemeinen Sicherheitsdebatte um Militär, Rüstung und Aufrüstung. Mit vielen Kolleginnen und Kollegen teile ich die Beobachtung, dass wir dabei sind, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine, der völkerrechtswidrig und in keiner Weise entschuldbar ist, ist es erst einmal ein nachvollziehbarer Impuls, vor allem auf die militärische Stärke zu setzen. Aber anzunehmen, dass Russland jetzt den ganzen Westen angreifen will und man

sich dagegen mit immer mehr Militär schützen müsse, ist alarmistisch. Davon auszugehen, dass Russland im Baltikum zündelt, nach Polen weitermarschiert und übermorgen am Brandenburger Tor steht, ist aus meiner Perspektive die falsche Analyse. Das führt zu Schlussfolgerungen, die in die falsche Richtung gehen und in eine gefährliche Sackgasse führen können.

Welche Dynamik kann sich entwickeln, wenn sich so ein Alarmismus ausbreitet? In vielen Talkshows wird ja mittlerweile für den Begriff »Kriegstüchtigkeit« geworben.

JOHANNES VARWICK: Der Begriff »Kriegstüchtigkeit« ist für mich das Unwort des Jahrzehnts. Das stammt ja aus der Denkschule von Boris Pistorius, der damit vermutlich aufrütteln wollte. Aber ich finde, er hat überzogen. Statt über »Kriegstüchtigkeit« sollten wir lieber über Verteidigungsfähigkeit reden. Zudem sind wir laut Grundgesetz dazu verpflichtet, nicht kriegstüchtig zu sein, sondern, im Gegenteil, dem Frieden in der Welt zu dienen. Natürlich muss man verteidigungsfähig sein. Ich bin kein Pazifist. Obgleich auch das eine legitime Strömung ist. Was ich hingegen beobachte, ist ein vollkommen überzogener Alarmismus. Und die Mehrzahl der Medien macht das kritiklos mit. In vielen Talkshows scheinen sich alle nur noch mit dem Thema Kriegstüchtigkeit auseinanderzusetzen zu wollen. Wenn Sie zum Beispiel meine Kollegen Carlo Masala und Sönke Neitzel hören, dann ist das eine extrem einseitige Debatte. Dabei behaupte ich nicht, dass sie in allem falsch

liegen und ich in allem recht habe. Aber diese Einseitigkeit in dieser Debatte ist schon erschreckend. Ich hätte mir niemals vorstellen können, dass wir so weit kommen.

Was ist daran so gefährlich?

JOHANNES VARWICK: Weil dadurch zum einen wichtige Ressourcen verschwendet werden. Wenn wir über hunderte Milliarden Euro für Rüstung und Aufrüstung ausgeben, fehlt das Geld natürlich woanders. Und wir machen das sogar auf Pump. Das heißt, wir lassen unsere Kinder für die Aufrüstungssorgie bezahlen. Der andere Aspekt ist, dass die Rüstung des einen immer auch als Bedrohung von anderen wahrgenommen wird. Wir bewegen uns auf abschüssiger Bahn, wenn wir glauben, dass wir mit immer mehr Militär die sicherheitspolitische Lage stabilisieren. Das Gegenteil ist der Fall. Und damit sage ich nicht, dass wir nicht auch gut ausgerüstete Streitkräfte haben müssen. Das ist selbstverständlich notwendig. Aber wir überziehen derzeit, und das macht es so gefährlich. Aus einem Rüstungswettlauf ist noch nie was Gutes entstanden.

Und wie bewerten Sie die geplante Taurus-Lieferung?

JOHANNES VARWICK: Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass in dieser Lage ein deutscher Bundeskanzler den Befehl erteilt, den Taurus freizugeben. Das wäre eine militärische Eskalation und völlig unverantwortlich. Zudem wäre es fraglich, ob das die Situation der Ukraine verbessert.

Sie werben für eine rationale Sicherheitspolitik. Was verstehen Sie darunter?

JOHANNES VARWICK: Eine rationale Sicherheitspolitik entwickelt zunächst eine seriöse, nüchterne Bedrohungsanalyse. Auf dieser Basis versucht sie sicherheitspolitisch handlungsfähig zu sein. Darunter verstehe ich, wie bereits erwähnt, dass man in der Lage sein muss, sich zu schützen. Aber derzeit setzen wir nur noch eindimensional auf das Thema Landes- und Bündnisverteidigung und das auch noch mit einem einseitigen Fokus auf eine überzogene Militärlogik. Dabei wäre wichtig, dass wir andere Faktoren nicht vergessen, die für eine sicherheitspolitische Stabilisierung ebenso notwendig sind. Stichwort: Klimakrise, Entwicklungspolitik oder auch Friedensmissionen in anderen Weltregionen. In einer rationalen Sicherheitspolitik müssen zudem Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen und Diplomatie wieder eine zentrale Rolle spielen.

Noch einmal zurück zum Ukrainekrieg. Sie sagen: Damit friedenspolitische Maßnahmen Erfolg haben, müsse man sowohl solidarisch mit der Ukraine sein als auch russische Sicherheitsinteressen berücksichtigen. Man müsse also auf einen Interessenausgleich setzen. Können Sie das erläutern?

JOHANNES VARWICK: Bisher wurden keine politischen Ziele in diesem Krieg entwickelt, die auch realistisch sind. Aber wir tun so, als ob wir Russland mit immer mehr Militär von seinem Irrweg überzeugen können. Das hat in den vergangenen drei Jahren jedoch nicht funktioniert. Die gute Nachricht ist, dass die Ukraine noch als souveräner Staat besteht. Allerdings würde ich bezweifeln, dass es das russische Ziel war, die Ukraine als souveränen Staat zu vernichten. Da wurde ein Popanz aufgebaut. Aus meiner Sicht ging es Russland darum, die sich abzeichnende NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu verhindern, die in den letzten Jahren an Fahrt aufgenommen hat. Und es ging um den Umgang mit den russischen Minderheiten in der Ostukraine. Ich glaube, dass man in beiden Punkten mit Russland hätte verhandeln können. Das wäre zwar schwierig gewesen. Aber es gab ja bereits vielversprechende Ansätze in Istanbul im Jahr 2022, kurz nach Beginn des Krieges. Der Westen

»Anzunehmen, dass Russland jetzt den ganzen Westen angreifen will und man sich dagegen mit immer mehr Militär schützen müsse, ist alarmistisch«



wollte damals keine politische Lösung. Ich habe kein naives Bild von Russland. Natürlich ist Russland ein imperialistischer Staat, der eine Bedrohung für die internationale Sicherheit ist. Aber ich glaube, dass man diesen Revisionismus Russlands besser hätte einhegen können als mit dem Versuch, die Ukraine in die NATO aufzunehmen und damit russische Abwehrreaktionen geradezu zu provozieren. Nun wird wieder über das gesprochen, was in Istanbul auf dem Tisch lag. Aber nach Hunderttausenden von Toten, nach Verwüstung vieler ukrainischer Regionen, nach der Zerstörung der gesamten europäischen Sicherheitsarchitektur und nach einer Radikalisierung auf allen Seiten. Ich bezweifle, dass es das wert war. Wir hätten früher die diplomatische Karte spielen müssen.

tere militärische Eskalation, die auch nuklear eskalieren könnte. Das sind Albtraumszenarien. Insofern wäre es schon ein Gewinn, wenn man diesen Konflikt zunächst einfrieren könnte. Das ist natürlich keine langfristige Lösung, aber wenn eines der beiden Albtraumszenarien die Alternative ist, dann wäre solch ein Einfrieren allemal die bessere Variante. Sicher, ein dauerhafter Frieden lässt sich nicht in kurzer Zeit herstellen. Dafür ist die Situation zu verhärtet, zu verworren und auch zu komplex geworden. Aber man könnte versuchen, jetzt ein Stoppschild aufzustellen. Was sich abzeichnet, ist, dass man anhand der jetzigen Frontlinie den Konflikt einfriert und versucht, der Ukraine über Sicherheitsgarantien Stabilität zu geben und gleichzeitig das Verhältnis zu Russland zu verbessern, etwa durch Aufhebung

zugehen. Das ist in den vergangenen drei Jahren zunehmend verloren gegangen, weil wir in ein Schwarz-Weiß-Muster geraten sind. Alle, die nachdenkliche Positionen äußern, waren gleich Putin-nah oder Russlandfreund oder -freundin. Auch mir wurde regelmäßig unterstellt, ich würde von Moskau bezahlt. Ich bin ziemlich robust und kann mit diesem Unfug umgehen und aufgrund jahrzehntelanger nachgewiesener Expertise auch nicht mundtot gemacht werden. Anders sieht es für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Doktorandinnen und Doktoren oder Studierende aus. Viele sind eingeschüchtert und trauen sich nicht, solche Positionen zu äußern. Natürlich überprüft man sich fortwährend, ob man noch auf dem richtigen Weg ist. Aber sich zurückzuziehen und mit einer für richtig erachteten Positionen hinterm Berg zu halten, nur weil der öffentliche Diskurs gerade in die eine Richtung läuft, das wäre keine Alternative für mich. Wir brauchen eine Umkehr im Diskurs. Wir müssen wieder zu einer Debatte zurückfinden, wo nicht eindimensional über Waffen und Kriege geredet wird, sondern mit mehr Fantasie über Diplomatie nachgedacht und Diplomatie nicht mit Appeasement gleichgesetzt wird.

»Die Rede vom ›Diktatfrieden‹ führt letztlich dazu, dass der Krieg weitergeht. Wer jetzt die Ideallösung finden möchte, will keine Lösung«

Warum ist das nicht geschehen und warum hat sich die deutsche Außenpolitik so schnell die Maximalforderung der Ukraine zu eigen gemacht?

JOHANNES VARWICK: Ich glaube, der Westen war gewissermaßen kollektiv auf einem falschen Weg. Wenn ein Staat überfallen wird, ruft der natürliche Widerstand hervor. Keine Frage. Aber wir haben in dieser berechtigten Empörung über das russische Verhalten die realpolitische Vernunft aus dem Auge verloren. Das hat meines Erachtens auch etwas mit der amerikanischen Rolle unter dem ehemaligen Präsidenten Joe Biden zu tun, wo man nach Trump dachte, nun könne man wieder an eine westliche Ordnung glauben. Man ist dann der amerikanischen Strategie hinterhergelaufen, Russland zu schwächen. Dieser Prozess hat sich verselbstständigt und radikalisiert. Darüber wurde die Diplomatie vernachlässigt.

Welche friedenspolitischen Lösungen sehen Sie, bezogen auf den Ukrainekrieg?

JOHANNES VARWICK: Zunächst einmal sollte man mit der Haltung in die Gespräche gehen, dass alles, aber auch alles besser ist als ein dauerhafter Abnutzungskrieg oder eine wei-

der Wirtschaftssanktionen und durch eine Diskussion über eine neue europäische Sicherheitsarchitektur. Damit ist natürlich weder der russische Imperialismus besiegt noch hat sich die innenpolitische Entwicklung in Russland verbessert, die furchterregend ist. Aber es besteht die Chance, zumindest in der nächsten Generation, wieder über Frieden und Aussöhnung reden zu können. Jetzt ist die Stunde für Stabilisierung. Allerdings darf man die ersten Gespräche nicht überfrachten. Die Rede vom »Diktatfrieden« führt letztlich dazu, dass der Krieg weitergeht. Wer jetzt die Ideallösung finden möchte, will keine Lösung.

Meinen Sie, dass Ihre Position Gehör finden wird? Welche Wirkung erhoffen Sie sich mit Ihren Appellen im Hinblick auf die sicherheitspolitische Debatte?

JOHANNES VARWICK: Nach mehr als drei Jahren harten Diskussionen bin ich nicht sehr optimistisch. Dabei betone ich immer wieder: Natürlich kann ich mich auch irren. Aber das gilt auch für die Gegenseite. Gute Lösungen entstehen immer in einem Diskurs, wo man Pro und Kontra würdigt und versucht, auf die Argumente des anderen ein-

Was nährt Ihre Hoffnung?

JOHANNES VARWICK: Ich sehe jetzt eine Entwicklung, die ich mir schon vor zwei oder drei Jahren gewünscht hätte. Und die hat – und auch das gehört zu den Absurditäten – mit dem Regierungswechsel in den USA zu tun. Ich bin wahrlich niemand, der auch nur in seinen kühnsten Träumen Donald Trump verteidigen möchte. Ich halte ihn für einen gefährlichen, fatalen Präsidenten. Aber es ist auf absurde Weise auch eine neue Herangehensweise an den Konflikt entstanden. Sie lautet: Wenn man eine Lösung will, muss man die Interessen beider Seiten berücksichtigen. Im Moment sind die Europäer noch nicht bereit, dieser Richtung zu folgen. Aber ich glaube, die Wirklichkeit frisst sich langsam durch. Und ich erwarte, dass die Europäer tatsächlich zu einer diplomatischen Lösung kommen. Insofern bin ich im Moment vorsichtig optimistisch, dass gewissermaßen das Schlimmste in diesem Krieg hinter uns liegt und wir jetzt über Gestaltung dieser Optionen noch mal neu nachdenken können.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE ULRIKE PLAUTZ AM 23. 4. 2025